CDU

Wahlprüfsteine des Lesben- und Schwulenverbands Schleswig-Holstein e.V.

1. **„Echte Vielfalt – Aktionsplan für Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten Schleswig-Holstein."**
   1. *Wie werden Sie dafür sorgen, dass der Aktionsplan weiterentwickelt wird, eine auskömmliche Finanzierung erhält und der Austausch zwischen der Landesregierung und Vertretungen der LSBTIQ-Community verstetigt wird? Wollen Sie sich in diesem Zusammenhang auch dafür stark machen, dass das Bündnis gegen Homophonie von politischer Seite mehr Unterstützung erhält?*
      Ziel muss es auch weiterhin sein, dass es keine Diskriminierung mehr von homosexuellen Paaren und von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität gibt. Dies gilt für jegliche Diskriminierung in allen Lebensbereichen. Dafür wird sich die CDU Schleswig-Holstein auch weiterhin einsetzen und den Austausch mit den Vereinen und Verbänden suchen. Wie hoch die finanzielle Ausstattung zur Umsetzung sein muss, kann nach Prüfung der bestehenden Aufgaben gemeinsam diskutiert werden.

   2. *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass im MSGWG eine Koordinationsstelle für LSBTIQ eingerichtet wird?*
      Der Austausch mit allen am politischen Leben beteiligten Akteuren ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Politik. Dies soll auch in der nächsten Legislatur fortgesetzt werden. Die Einrichtung einer eigenen Koordinationsstelle im Ministerium befürworten wir dagegen nicht.

2. **Queere Geflüchtete in Schleswig-Holstein**
   1. *Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Queere Geflüchtete vor Gewalt außerhalb wie innerhalb von Unterkünften geschützt sind, sie in Schleswig-Holstein als besonders schutzbedürftig eingestuft werden, geeignete Schutzräume und Unterkunftsstrukturen zur Verfügung stehen und alle am Asylverfahren beteiligten Personen für einen kulturspezifischen Umgang mit queeren Schutzsuchenden sensibilisiert werden?*
      Es muss grundsätzlich darauf geachtet werden, dass Geflüchtete den für sie notwendigen Schutz erhalten. Dies gilt gleichermaßen für alleinstehende Frauen, Mädchen wie auch für queere Geflüchtete und weitere schutzbedürftige Personengruppen. Zusätzlich müssen alle Flüchtlinge umfassend mit der deutschen Werteordnung und dem Rechtssystem vertraut gemacht werden. Dazu gehört auch die Anerkennung der bei uns geltenden sexuellen Selbstbestimmung.

3. **Bildung**
   1. *Werden Sie sich dafür stark machen, dass Schulen und Kitas, die Vielfalt und Akzeptanz unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identitäten wahrnehmen, sie im Rahmen der (vor)schulischen Bildung stärker thematisieren und auch darauf hinwirken, dass die Sichtbarkeit von LSBTIQ in Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien erhöht wird? Wollen Sie*

sich auch dafür einsetzen, dass das Thema "sexuelle und geschlechtliche Vielfalt" stärker in der Aus- und Fortbildung von Lehrenden Berücksichtigung findet?
Kinder sollen so aufwachsen, dass sie ihre eigene Meinung vorurteilsfrei bilden können. Dazu gehört, bereits früh Wissen, Respekt, Urteilskraft, Toleranz und Offenheit zu lernen und so bereits von klein an mit der Vielfalt unserer Gesellschaft aufzuwachsen. Damit dies erreicht werden kann, muss Bildung werteorientiert und weltoffen vermittelt werden. Dies trifft in gleichem Maße auf die Erziehung in der Familie wie auch auf Schule und Gesellschaft zu. Kindertageseinrichtungen und Grundschule sind allerdings für uns auch Orte, in denen nach Augenmaß ohne Zwang behutsam erste Grundlagen von Geschlecht und sexueller Orientierung zu legen sind. Dafür sind Erzieher und Lehrkräfte entsprechend zu schulen.

4. Diskriminierungsschutz im Bundesland

1. *Werden Sie sich dafür einsetzen, das die Landesverfassung von SH um einen Artikel zum Thema Respekt und Vielfalt ergänzt wird?*
   Die Landesverfassung wurde zuletzt im Jahr 2016 im Landtag diskutiert und neu gefasst. Für die CDU ist gegenseitiger Respekt und die Anerkennung der Vielfalt der Gesellschaft Bestandteil der Menschenwürde. Diese gilt über den Verweis auf die Grundrechte des Grundgesetzes auch unmittelbar für Schleswig-Holstein. Die CDU Schleswig-Holstein sieht daher zum jetzigen Zeitpunkt keinen Grund für eine erneute Überarbeitung.

5. Hassgewalt gegen LSBTIQ

1. *Werden Sie sich dafür engagieren, dass Polizei und Strafverfolgungsbehörden für das Thema "homo- und transphobe Gewalt" sensibilisiert werden und es verbindlich in Aus- und Fortbildung integriert werden?*
   Die Ausbildung von Polizeikräften und Strafverfolgungsbehörden berücksichtigt bereits heute ein hohes Maß an Sensibilisierung für den Umgang mit Gewaltkriminalität. Dies betrifft Gewalt im Allgemeinen aber auch Gewalt gegen bestimmte Gruppen von Menschen. Die CDU hält es für erforderlich, diese Sensibilität insgesamt weiter zu fördern und als zentralen Gegenstand der Ausbildung zu erhalten. Dies schließt die Sensibilität gegenüber der Gewalt gegen Personen aufgrund der sexuellen Orientierung oder sexuellen Identität ein

2. *Wollen Sie dafür sorgen, dass SH Krisenwohnungen eingerichtet werden, um den Opfern von häuslicher und homophober Gewalt einen sicheren Schutzraum zu gewähren?*
   Wir werden uns für die Absicherung von Beratungseinrichtungen, Not- und Krisenunterkünften sowie Präventionsangebote einsetzen. Bestehende Angebote?
   Personen, die in ihrem häuslichen Umfeld Gewalt ausgesetzt sind, bedürfen eines gesetzlichen und tatsächlichen Schutzes. Bereits heute bestehen entsprechende rechtliche Regelungen, beispielsweise im Gewaltschutzgesetz.
   Die Frage, ob es erforderlich ist, staatlicherseits besondere Schutzräume einzurichten, kann nicht pauschal beantwortet werden. Dies richtet sich nach dem tatsächlichen Bedarf. Vorrangig ist für uns deshalb, dass Betroffene von häuslicher Gewalt, aber auch

von sonstigen spezifischen Gewaltformen unbürokratische Möglichkeiten erhalten, staatliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

3. *Werden Sie dafür sorgen, dass die statistische Erfassung von Delikten, die gegen die sexuelle Selbstbestimmung und Vielfalt gerichtet sind, bereits in der PKS anhand von Tätermotiven aufgenommen und ausgewiesen werden?*
   Die polizeiliche Kriminalstatistik ist in ihrer bestehenden Struktur nicht geeignet, Tatmotive detailliert zu erfassen. Allerdings ist es zutreffend, dass ein Bedürfnis danach besteht, auch Hassstraftaten, die sich gegen bestimmte Gruppen richten, so zu erfassen, dass hieraus entsprechende Rückschlüsse gezogen werden können. Dies betrifft insbesondere die Frage, in welchem Ausmaß Gewalt gegen welche Gruppen stattfindet. Entscheidend ist aber auch, dass Hasskriminalität gegen bestimmte Gruppen von den betroffenen konsequent zu Anzeige gebracht wird, da sich nur durch eine Verringerung der Dunkelziffern ein realistisches Gesamtbild ergeben kann. Hier müssen weiterhin Hemmschwellen für Betroffenen abgebaut werden.

6. Familienvielfalt im Norden fördern

1. *Wollen Sie sich dafür stark machen, dass Regenbogenfamilien in Verwaltung, Jugendämtern und Schulen anerkannt und gleichberechtigt neben anderen Familienformen wahrgenommen werden und Beratungsstrukturen weiterhin eine Förderung erhalten? Werden Sie sich auch dafür engagieren, dass entsprechende Netzwerke und initiativen Unterstützung erfahren?*
   Bereits heute haben Verwaltung, Jugendämter und Schulen das Grundgesetz zu beachten. Daher gilt auch für diese, dass alle Bürgerinnen und Bürger nach Art. 3 Grundgesetz (GG) gleich zu behandeln sind, egal in welcher Familienform sie leben. Über Fort- und Weiterbildungsangebote soll der diskriminierungsfreie Umgang weiter gefördert werden.

7. Beratungsstrukturen ausbauen

1. *Wollen Sie dafür sorgen, dass es auch zukünftig eine auskömmliche und langfristige Finanzierung von Vereinen und Initiativen gibt, um den Ausbau und die Absicherung von bedarfsgerechten Beratungsstrukturen flächendeckend zu gewährleisten?*
   Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein sollen die für sie notwendige Unterstützung in allen Lebensbereichen erhalten. Dafür sind niedrigschwellige Angebote auch vor Ort vorzuhalten. Dies gilt auch für bereits bestehende Strukturen.

8. Vielfalt in Funk und Fernsehen in Schleswig-Holstein

1. *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es in der Medienanstalt HH eine Vertretung der LSBTIQ Community gibt?*
   In Paragraf 17 des NDR-Staatsvertrages ist die Zusammensetzung des Rundfunkrates geregelt. Sie orientiert sich an vielfältigen Kriterien wie zum Beispiel der Einwohnerzahl der vier Vertragsländer, die Größe gesellschaftlicher Gruppen, nach Geschlechtern usw. Eine Veränderung der Zusammensetzung erfordert den Abschluss eines Änderungsstaatsvertrages, dem im Anschluss alle vier norddeutschen Landesparlamente zustimmen müssen. Die CDU-Landtagsfraktion überprüft regelmäßig, ob die

Zusammensetzung der Gremien aus ihrer Sicht einerseits noch geeignet ist, die Vielfalt unserer Gesellschaft möglichst widerzuspiegeln und andererseits die Handlungsfähigkeit der Gremien zu erhalten und zu stärken.

9. Schleswig-Holstein tritt für Respekt und gleiche Rechte in der Bundespolitik ein

1. *Wollen Sie sich auf Bundesebene für die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule einsetzen?*
   Wir setzen uns für den Abbau von Diskriminierung und für die rechtliche Gleichstellung homosexueller Paare ein. Für uns ist wichtig, dass Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, egal welchen Geschlechts. Daher hat der Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein im Jahr 2015 auch den Beschluss gefasst, sich gegen die gesellschaftliche Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung sowie für die rechtliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der zivilen Ehe einzusetzen.

2. *Werden Sie sich für die umfassende Gleichstellung von Regenbogenfamilien im Steuer- und Sozialrecht, im Sorge- und Adoptionsrecht sowie im Abstammungsrecht einsetzen und sich auch für das Recht von LSBTIQ* auf Familiengründung durch gemeinsames Adoptionsrecht, Pflegschaft bzw. Insemination engagieren?*
   In gleichgeschlechtlichen Partnerschaften werden die gleichen Werte gelebt wie in heterosexuellen. Die Partner treten füreinander ein, haben die gleichen Unterhalts- und Einstandspflichten und entlasten damit den Staat bei seiner Fürsorgepflicht. Dieser Umstand muss auch rechtlich voll anerkannt werden, sodass eine Gleichstellung im Steuer- und Sozialrecht - soweit noch nicht geschehen - befürwortet wird.
   Bereits heute ist auch die sogenannte Stiefkindadoption erlaubt, lediglich die Volladoption ist rechtlich noch nicht möglich. Aber auch hier gilt für uns: Wer füreinander da ist und die gleichen Pflichten übernimmt wie heterosexuelle Paare, braucht auch die gleichen Rechte.

3. *Sind Sie für eine Ergänzung des Gleichheitsartikels um das Kriterium Sexuelle Identität?*
   Die CDU lehnt jede Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer sexuellen Identität strikt ab.
   Nach Artikel 3 Absatz 1 GG sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sind Ungleichbehandlungen aufgrund der sexuellen Orientierung an diesem allgemeinen Gleichheitssatz zu messen. Der allgemeine Gleichheitssatz des Artikels 3 Absatz 1 GG gebietet, alle Menschen vor dem Gesetz gleich zu behandeln sowie wesentlich Gleiches gleich und wesentlich Ungleiches ungleich zu behandeln. Aus dieser Rechtsprechung folgt, dass eine Benachteiligung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder der sexuellen Identität nicht zulässig ist. Ungleichbehandlungen, die aus der sexuellen Orientierung oder Identität resultieren sind nur dann verfassungsrechtlich zulässig, wenn tragende Rechtfertigungsgründe hierfür vorliegen.
   Aus diesem Grunde ist es nicht erforderlich, die sexuelle Orientierung in den Katalog des Artikels 3 Absatz 3 GG aufzunehmen, da hierdurch keine größere Schutzintensität erreicht werden würde.

4. *Wollen Sie dafür sorgen, dass auf Bundesebene das TSG schnellstmöglich unter Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Organisationen umfassend reformiert und die Hürden auf dem Weg zur Vornamens und Personenstandsänderung beseitigen werden? Wenn ja, wie sollen Sie dieses Vorhaben realisieren?*
   Beim Transsexuellengesetz handelt es sich um Bundesrecht. Die Länder haben lediglich die Möglichkeit, über Bundesratsinitiativen ihre Position einzubringen. Unsere Aufgabe ist es, Menschen, die trans- und intersexuell sind, zu helfen und Benachteiligungen gesetzlicher und gesellschaftlicher Art zu beseitigen. Transsexuelle sollen gleichberechtigt ihr Leben gestalten können. Dafür werden wir uns als CDU Schleswig-Holstein auch weiterhin einsetzen.